

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

Inserate pro Spalte
jeile oder deren Raum 20 Pfg.
Reklamenzelle 50 Pfg.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redaktor: A. Lemb.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13.

Redaktionslokal
10 Uhr vormittags.

Telefon Nr. 30.

Postkontonr. 7689 Frankfurt-Main.



Stadt Braubach.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von
A. Lemb in Braubach.

Gratisbeilagen

Jährlich zweimal Fahrplan und einmal
Kalender.

Bezugspreis

monatlich 80 Pfennig,

durch die Post bezogen viertel-
jährlich 2,40 Mark,

von denselben frei ins Haus
geliefert 2,82 Mk.

Nr 251

Braubach a. Rhein, Samstag, den 26. Oktober 1918

28. Jahrgang.

Wilson's neue Antwort.

Der Waffenstillstandsvorschlag soll den Alliierten
unterbreitet werden. — Neue Bedingungen zur
Sicherheit. — Wilson will nur mit Vertretern des
deutschen Volkes verhandeln.

Haag, 24. Oktober.

Das Auswärtige Amt in Washington hat folgendes
Presidentenamt:

Vom Staatssekretär an den Geschäftsträger der Schweiz,
als Interim mit der Wahrnehmung der deutschen Inter-
essen in den Vereinigten Staaten beauftragt:

Mein Herr! Unter Berücksichtigung der von Ihnen
übermittelten Note der deutschen Regierung vom 20. Oktober
beziehe ich mich, Sie zu benachrichtigen, daß der Herr
Präsident mich beauftragt hat, folgendes darauf zu ant-
worten:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die
feierliche und deutliche Erklärung der deutschen Regierung
erhalten hat, daß sie rückhaltlos die Vorbedingungen für
den Frieden annimmt, welche er in seiner Botschaft vom
2. Januar 1918 an den Kongress der Vereinigten Staaten
vorgelegt hat sowie die Grundzüge einer Friedens-
regelung, welche in seinen folgenden Botschaften und
namentlich in der vom 27. September verkündet wurden;
daß die deutsche Regierung wünscht, über die
einzelnen Schritte und deren Anwendung Be-
sprechungen zu eröffnen und daß dieser Wunsch
und dieses Ziel nicht seitens derjenigen ausgesprochen
wurde, die bisher Deutschlands Politik diktierten
und im Namen Deutschlands den gegenwärtigen
Krieg führten, sondern eines Ministeriums, das für die
Mehrheit des Reichstags und für eine überwältigende
Mehrheit des deutschen Volkes spricht; nachdem weiter der
Präsident gleichfalls das weitere Versprechen der deutschen
Regierung erhalten hat, daß die Grundsätze der Menschlichkeit
und der zivilisierten Welt sowohl zu Wasser wie zu Lande
durch die deutschen Streitkräfte beachtet werden, empfindet
der Präsident, daß er sich nicht mehr weigern könne, den
Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten ver-
bündet sind, mit der Frage eines Waffenstillstandes näher-
zutreten.

Er hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären,
daß der einzige Waffenstillstand, den ihnen zur Erwägung
vorgelegt wird, sich für berechtigt erachten würde, ein solcher
wäre, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen
assoziierten Mächte in einer Lage lassen würde, in der sie
jeder Abmachung, welche getroffen werden müßte, genügend
Kraft beizufügen vermögen, um eine Wiederholung der
Schicksalsfälle seitens Deutschlands unmöglich zu machen.
Der Präsident hat infolgedessen seine Korrespondenz mit
den gegenwärtigen deutschen Behörden, den Regierungen,
mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als
kriegführende Macht assoziiert ist, mit dem Vorschlag
übermittelt, falls diese Regierungen geneigt sind, den
Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grund-
sätzen herbeizuführen, ihre militärischen Statthalter und die
der Vereinigten Staaten einzuladen, den gegen Deutschland
assoziierten Regierungen die notwendigen Bedingungen
eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen
der betroffenen Völker völlig wahren würde und das un-
beschränkte Recht der assoziierten Regierungen zur Sicher-
ung der Einzelheiten des Friedens, mit denen die deutsche
Regierung sich einverstanden erklärt hat, voraussetzt, daß
sie einen Waffenstillstand für möglich halten. Die Annahme
dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird
den besten konkreten Beweis dafür bilden, daß es die Be-
dingungen und Grundzüge des Friedens annimmt, aus
denen die ganze Aktion entspringt.

Der Präsident fühlt, daß es nicht aufrichtig wäre,
wenn er nicht, und zwar in möglichst klarer Form, be-
zogen würde, warum außerordentliche Sicherungen ver-
langt werden müssen.

So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen
zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des
Auswärtigen in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so scheint
es doch nicht, daß die Grundzüge einer dem deutschen Volke
verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig ange-
nommen sind oder daß eine Bürgerhaft besteht oder erwogen
wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der
Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt
worden ist, dauernd sein würden.

Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der
Kern der gegenwärtigen Frage getroffen worden ist. Es
ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt
worden sind, aber der gegenwärtige Krieg war es nicht,
und es handelt sich um den gegenwärtigen Krieg, mit dem
wir es jetzt zu tun haben. Es ist klar, daß das deutsche
Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die
deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen;
daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des
Reiches unter seiner Kontrolle zu halten noch ungesichert
ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen
liegt, die bis jetzt die Herrschaft in Deutschland waren.

In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon
abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar ge-
handelt werde, betrachtet es der Präsident als seine Pflicht,
ohne fremden Versuch zu machen, Worte, die als schroff

gelten können, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker
der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen
und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik be-
herrschten, und abwärts zu betonen, daß beim Friedens-
herstellen und beim Versuche, die endlosen Leiden und
schmerzhaften Verluste dieses Krieges umzuwenden, die
Angerechtigten dieses Krieges umzugehen zu machen, die
Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem anderen als
mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann,
welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungs-
mäßige Faltung dieses, als die bisherigen Beherrscher
Deutschlands.

Falls die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt
verhandeln muß mit den militärischen Rüstern und mit
den monarchistischen Autokraten Deutschlands, oder falls
es wahrscheinlich ist, daß sie später hinsichtlich der inter-
nationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches mit
diesen zu verhandeln haben wird, so muß sie nicht
Friedensverhandlungen, sondern Übergabe verlangen.
Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen
bleiben.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner besonderen
Hochachtung.
gez.: Lansing.

Polen, Elßasser, Dänen.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.

M. Berlin, 24. Oktober.

Man darf wohl sagen, daß die getriggerte Reichstags-
sitzung die trübste seit dem Bestehen des Reiches gewesen
ist; denn was auch immer im Reichstagssaal verhandelt
worden ist, letzten Endes ging es doch um Größe und
Einheit des Vaterlandes. Der getriggerte Tag gehörte den
Vertretern des Reiches, gehörte jenen, die nie mit ihrem
Herzen bei uns waren und die nun, auf den Ruf Wilsons,
dem Deutschen Reich in der Stunde der Not und Gefahr
Fehde anlagten. Dieser nationaler Schmerz war auf den
Mienen der Männer zu lesen, die als Vertreter des
deutschen Volkes die Ansprüche der Polen, Elßasser und
Dänen anhörten mußten, aus denen trotz mancher Versuche
der Zurückhaltung doch der Ruf erklang: Los vom Reich.

Eine recht unerfreuliche Rede, der man die Freude
an dem Wohlschick des Vaterlandes förmlich anmerkte,
leitete die ewig denkwürdige Sitzung ein. Herr Haase
sah an allen Bänden, aus denen wir jetzt bluten, er
schürte jeden Haß, unterstrich jeden Fehler der inneren
und äußeren Politik und malte in den schwärzesten Farben
den Zusammenbruch des alten Systems, ohne auch nur
den Versuch zu machen, der neuen Regierung den guten
Willen zum fundamentalen Neubau anzubieten. Diese
ungeheuerliche Rede eines deutschen Volksvertreters hatte
den Boden für die kommenden Erklärungen vorbereitet.

Als erster trat der Abg. Dr. Stöckel auf den Plan,
um die Forderungen der Polen zu vertreten. Nicht wie
früher verlangten sie innerhalb des Reiches Gleichstellung
mit den anderen Staatsbürgern, nicht mehr Anerkennung
ihrer Eigenart, sondern plattweg die Loslösung vom
Reich, dem sie doch, was ihnen auch sonst misfallen
haben mag, genau so liebhaben und Blüte verdanken,
wie jedes Fleckchen Erde, das Bismarcks Reichstand ein-
mal zum stolzen Bau des Deutschen Reiches zusammen-
baute. Der große Staatsrechtler jenseits des Ozeans hat
zu der Melodie geschrieben, die der Redner gekannt
musste. Er machte nicht einzelne Forderungen geltend, aber seine
Ausführungen ließen keinen Zweifel daran, welche An-
sprüche seine Leute erheben und wenn noch jemand im
Zweifel sein konnte, so klärte ihn die Bemerkung des
Redners auf, daß aller Widerpruch (gegen die Abtretung
unabhängigen Bodens) nur die Lust der Entente erhöhe,
noch schärfere Garantien von Deutschland zu verlangen.

Und wie diese Rede eine glatte Abgabe an das Reich,
die Ankündigung des unverbrüchlichen Willens zur Los-
lösung war, so waren auch die Darlegungen des Abg.
Niklin, der für die Elßasser sprach, eine unbedingte
Verneinung des Reichsgebanten. Der Präsident der
Zweiten elßassischen Kammer hob hervor, daß die Neu-
ordnung in Elßass-Lothringen die Stimmung der Be-
völkerung nicht in deutschpolitischem Sinne beeinflussen
könne. Man wußte, daß der Abgeordnete jetzt je mit
seinem Herzen heimlich jenseits der Vogesen weile und war
demnach schmerzhaft überrascht, daß er in dieser un-
endlich bitteren Stunde kein verständliches Wort fand, das
geeignet gewesen wäre, die Bitternis seiner Erklärungen
erträglich zu machen. Mit starker Betonung schloß er,
daß Elßass-Lothringen selbst über sein Schicksal bestimmen
werde, denn durch Annahme der 14 Punkte Wilsons (wie
sehr wird er doch von allen geliebt, die Deutschland haßten!)
sei die elßass-Lothringische Frage eine internationale Frage
geworden. Nach diesen Reden vermochte die Erklärung
des Abg. Hansen, daß er im Namen der Dänen die
Lösung der norddeutschen Frage auf Grund des
Selbstbestimmungsrechtes der Völker verlange, kaum noch
tiefen Eindruck zu machen.

Ein wenig Licht über diese grauen Stunden goß die
Rede des Grafen Poladomsky, der sich zwar gegen das
parlamentarische Regime erklärte, der neuen Zeit und
ihren Forderungen aber Gerechtigkeit widerfahren ließ.
Im Mittelpunkt des Tages aber stand die Rede des Bi-
zanzlers v. Pappe, der nach Herrn Haase das Wort er-
griff und seine maßlosen Angriffe zurückwies, um dann

die neue Regierung eingehend und mit auffallender Schärfe
gegen die Ausführungen des Grafen v. Bestarp vom Vortage
zu verteidigen. Wer auf dem Boden der neuen Zeit steht,
wer die Neuordnung der Dinge bei uns für unerlässlich
hält, wird den Ausführungen des Bizekanzlers zustimmen,
die ein erneutes Bekenntnis zum Recht des mündig ge-
wordenen Volkes und zu der Notwendigkeit der Mit-
regierung der weitesten Kreise darstellt. Mit Recht dürfte
Herr v. Pappe schließen, daß die neue Regierung mit der
Hilfe eines guten Gewissens der ersten Entscheidung des
Reichstages als eines Gerichtshofes entgegenstehe.

Es war der schwärzeste Tag in der Geschichte des
deutschen Reichsparlaments. Aber wenn auch Schmerz
auf allen Gesichtern zu lesen war, so doch auch wieder
Hoffnung, daß wir auch durch diese Stunden hindurch-
kommen und, ganz und gar auf uns selbst gestellt, unser
Leben als Volk neubauen werden.

Die Antwort der Regierung.

Dr. Golt über die Nationalitätenfrage.

In der Reichstagsitzung vom 24. antwortete Staats-
sekretär des Auswärtigen Dr. Golt auf die Wünsche der Polen,
Elßasser und Dänen. Er führte aus: Die Regierung ist
gestern von verschiedenen Seiten gefragt worden, ob sie
die Grundzüge des Präsidenten Wilsons ehestig durch-
führen beabsichtige. Die Regierung weist jeden Zweifel
an dieser Absicht auf das entschiedenste zurück. Nachdem
sie sich in ihrer Antwort an den Präsidenten auf den
Boden seiner Botschaften gestellt hat, ist sie auch entschlossen,
demgemäß zu handeln.

Was Elßass-Lothringen und Polen anbetrifft, so ist
ohne weiteres klar, daß wir, da diese Landesteile unter
den 14 Punkten des Wilsonschen Programms ausdrücklich
angeführt sind, mit der Regelung dieser Fragen durch die
Friedensverhandlungen einverstanden sind.

Überhaupt werden wir, nachdem wir das Wilsonsche
Programm als die Grundlage des Gesamtfriedenswerkes
angenommen haben, das Programm nach allen Richtungen
hin und in allen seinen Punkten loyal und im Sinne
voller Gerechtigkeit und Billigkeit erfüllen. (Lebha. Beifall.)
Wenn aber der Herr Abg. Hansen behauptet, daß
wegen der norddeutschen Frage aus dem Vertrag
Frieden noch heute ein positiver Rechtsanspruch bestünde
auf eine Volksabstimmung, so muß die Regierung diese
Friedensführungen als irrtümlich ablehnen. Der Prager
Frieden schuf endgültige völkerrechtliche Ansprüche lediglich
zwischen den Vertragsparteien und diese Ansprüche sind im
Jahre 1878 durch die Vereinbarungen aufgehoben. Außer-
dem liegt seitens der dänischen Regierung eine Aner-
kennung dieser Aufhebung durch den sogenannten Dronning-
vertrag vom Jahre 1907 vor.

Der Herr Abgeordnete Niklin hat dann ein recht herbes
Urteil gefällt über die in Elßass-Lothringen eingeleitete
Neugestaltung der Dinge. Die Regierung wird sich durch
diese Kritik nicht abhalten lassen, den für gut und richtig
erkannten Weg weiter fortzusetzen. (Bravo.) Dem
elßass-Lothringischen Volke soll dadurch das Recht werden,
die Angelegenheiten des Landes nach seinem Willen zu
regeln. Es entspricht dieses Vorgehen den Bestrebungen,
die die Mehrheit, aus denen die jetzige Regierung hervor-
gegangen ist, auf Anregung und unter Zustimmung des
Herrn Niklin und seiner politischen Freunde, auch unter
Zustimmung der übrigen reichsständischen Abgeordneten
verfolgt hat. (Hört! Hört!) Die Regierung hat es für
ihre Pflicht gehalten, diese Bestrebungen alsbald nach
ihrer Konstituierung in die Tat umzusetzen. Einer
anderweitigen Lösung der elßass-Lothringischen
Frage wird durch die gegenwärtige Lösung in keiner
Weise vorgegriffen.

Der Redner der polnischen Fraktion hat es unter-
nommen, aus dem Punkte 13 des Wilsonschen Programms
weitgehende Ansprüche für den künftigen polnischen Staat
zu begründen. Demgegenüber erkläre ich: Die deutsche
Regierung hat, wie bereits betont, das Programm des
Präsidenten Wilson offen und ehestig angenommen. Dies
Programm begründet einen Frieden des Rechts und der
Vernunft und will nicht neue Gegensätze und neue
Kriege entstehen lassen.

Wenn der Redner der polnischen Fraktion erraten
hat, daß er z. B. Danzig, eine Stadt mit 2 bis 3 % polni-
scher Bevölkerung für das zukünftige Polen beansprucht, so
steht er sich in schreiendem Gegensatz zu den Grundgedanken
des Präsidenten Wilson (Lebha. Zus.). Nach diesen Grundgedanken
sollen nur Gebiete mit ungewisser polnischer
Bevölkerung mit dem unabhängigen polnischen Staat
verbunden werden. An keiner Stelle des Programms ist
erwähnt, daß auch unbestimmte deutsche Bevölkerungsteile
einem künftigen Polen angegliedert werden sollen. (Sehr
richtig.) Eine derartige Auslegung des Satzes von dem
freien geschätzten und zuverlässigen Zugang zur See nicht
im Sinne einer internationalen Vereinbarung, sondern im
Sinne einer territorialen Eroberung völkerverfremdeter Landes-
teile widerspricht dem von Präsident Wilson verkündeten Recht
der Selbstbestimmung der Völker. (Sehr wahr.) Die pol-
nischen Ansprüche sollten auch polnischereits in Einklang
gebracht werden mit dem Grundsatz, wonach nicht neue
Elemente von Zwist und Gegnerschaft erzeugt werden dürfen,
die den Frieden Europas und damit der ganzen Welt
wieder stören würden. (Sehr wahr.)

Ich kann dem Redner der ersten März-Rede, von dem das Rechtsgefühl des deutschen Volkes durch jede gewalttätige Auslegung der Grundzüge des neuen Völkerrechts auf schwerste Verletzung verurteilt wurde. (Sehr richtig.) Gewalttätig sind die Ansprüche auf Landstriche, die durch Geschichte, ethnographische und wirtschaftliche Verhältnisse lebensnotwendig mit dem Deutschen Reich verknüpft sind. Glauben Sie mir, meine Herren, die deutsche Regierung wird bei der Verhandlung dieser schwierigen Fragen sich mit aller Entschiedenheit jeder Vergewaltigung der Völker und jeder Vergewaltigung der Deutschen, jeder Lösung widerstreben, die ein Zusammenleben beider benachbarten Völker unmöglich machen und zu neuen, neuen, neuem Hader und neuen Konflikten führen müssen. (Bravo.) — Wenn nun der polnische Redner auch Erschütterung aus den Kriegsjahren herleitet und in scharfster Form Kritik geübt hat an gewissen Maßnahmen der preussischen Verwaltung, so brauche ich wohl nur daran zu erinnern, was in diesem Kriege das deutsche Volk und das deutsche Heer mit Gut und Blut getan hat, bis es überhaupt möglich wurde, auf die Plattform zu treten, auf der die Freiheit von Polen jetzt geschaffen werden soll. (Stürm. Beifall.) (Abg. Korfanty: Geraubt und geplündert haben sie!) (Großer Lärm rechts.) — Präsident Fehrenbach ruft den Abg. Korfanty zur Ordnung. Es kommt zu einem stürmischen Zusammenstoß mit den Polen.) Staatssekretär Dr. Solf fortfahrend: Es wird mir von polnischer Seite schwer gemacht. Das demokratische Deutschland, dessen historische Stellung zur polnischen Frage auch den Herren von der polnischen Fraktion bekannt ist, hat den ersten christlichen Willen, mit dem polnischen Volke in einem dauernd friedlichen und freundschaftlichen Verhältnis zu leben. Dieses Ziel liegt zweifellos auch im Interesse des polnischen Volkes, das zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung die Beziehungen zum Westen nötig hat. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn es ehrlich von beiden Seiten angestrebt wird. (Stürm. Beifall.)

Deutscher Reichstag.

Dritter Tag der Aussprache.

(195. Sitzung.) 24. Oktober.

Im gutbesetzten Hause herrscht lebhafteste Spannung; man erwartet die Erklärung der Regierung zu den Forderungen, die Polen, Estländer und Dänen geltend gemacht haben. Dr. Solf erteilt diese Antwort im Sinne der neuen Regierung. Im übrigen zeigte die Sitzung das übliche Bild der Tage, an denen große politische Aussprachen stattfinden.

Sitzungsbericht.

Am Bundesratsstische: v. Bamer, Dr. Solf, Scheich, Scheidemann, Eraberger.

Die gestrige Beratung der Entwürfe zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes betr. die Stellvertretung des Reichskanzlers wird fortgesetzt.

Staatssekretär des Innern Dr. Solf: Der Redner des Zentrums hat vorgestern unsere Truppen in Schanz genommen gegenüber dem schweren Vordräng, das sie beim Rückzug durch Flandern und Nordfrankreich

Völkerrechtswidrige anmensliche Handlungen sich hätten zuschulden kommen lassen. Ich danke dem Herrn Redner dafür und bin in der glücklichen Lage, dem hohen Hause von einem Dokument Mitteilung zu machen, das dem Herrn Redner recht gibt. Im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur in Brüssel hat der spanische Gesandte im Haag, Marquis de Villalobar, am 18. Oktober gemeinschaftlich mit dem Vertreter der französischen Interessen, dem niederländischen Gesandtsratigen Herrn van Vollenhoven, dann mit einem Vertreter des Ernährungsamts in Belgien, Bree, die deutsche Front besucht. Sie haben anerkannt, daß die deutschen Militärbehörden alles in ihrer Macht Strebende getan haben, um sowohl das Los der Flüchtlinge als auch das Los der Bewohner der Städte, die dem Bombardement ausgesetzt sind, zu lindern. (Hört! Hört!) Sie haben im einzelnen festgestellt, daß die deutschen Behörden sich redlich bemüht haben, der Bevölkerung vor Blinder Schuß zu schützen (Hört! Hört!). Ihre Ernährung sicherzustellen und die Kunstschätze zu retten. Der Staatssekretär wandte sich dann zu den von Polen, Estländern und Dänen aufgeworfenen Fragen. (An anderer Stelle wiedergegeben.)

Nach dem Staatssekretär Dr. Solf ergriß das Wort Kriegsminister v. Scheich: Nachdem der Kaiser und König mich zum Kriegsminister ernannt hat, habe ich heute zum erstenmal die Ehre, in dieser Eigenschaft vor diesem hohen Hause zu sprechen, in tiefen, schweren Tagen, aber nicht in verzweifelten Tagen, und daß es nicht verzweifelte Tage werden, das liegt bei uns, bei unserem Heer, unserer Volkswirtschaft und Loyalität. (Beifall.)

Das Heer ist nicht geschlagen, die Heimat ist nicht zusammengebrochen. (Beifall.) Überall sind die Kräfte vorhanden, geeignet, und zu erfolgreichem Widerstand zu bereiten. Diese Kräfte zu beschreiben, sie nicht dem Frontkampf dienlich zu machen, ist meine vornehmste Aufgabe. Der Kriegsminister bittet um das Vertrauen des Hauses und erklärt, daß er jeder Kritik Rede und Antwort stehen werde, wenn sie sachlich sei. Es ist behauptet worden, 1918 seien die Munitionsvorräte vermindert worden. Diese Behauptung ist falsch. Der Zustand ist folgender: Im Herbst 1914 wurde das Graubüschel als Aushilfe eingeführt. Diese Aushilfe mußte aufhören, als die Herstellung der Stahl- und Stahlgewehre zahlenmäßig auf der Höhe war. Das war 1916 der Fall. Mit diesem Zeitpunkt mußten also die Bestimmungen an Aushilfsgegenstände vermindert werden. Verminderungen in der Graubüschelstellung haben wohl in einzelnen betroffenen Industriebetrieben den Eindruck allgemeiner Verminderung hervorgerufen. Die Gesamtproduktion ist in keinem Aufstiege gewesen. Der Munitionsnachschub ist dauernd ungeschwächt und entspricht trotz hohen Munitionsverbrauchs und trotz Munitionsverlusten in vollem Umfang den Erfordernissen der Kriegsführung. (Beifall.) An die Panzerwagen

ist die Forderung zu stellen, daß sie in jedem Gelände fahren und auch schwierige Hindernisse überwinden können. Wir hatten schon vor dem Kriege Panzerwagen, aber sie erfüllten diese Forderungen nicht. Erst die amerikanische Erfindung der endlosen Ketten brachte die Lösung. 1916 erschienen die ersten Tanks an der englischen Front an der Somme. Sofort setzten dann die Vorbereitungen für deutsche Panzerwagen fest. Und im Mai 1917 waren die ersten Panzerwagen fertig. Eine Herstellung in weitem Umfang war bei uns nicht möglich, da die Industrie durch das Hindernisprogramm voll in Anspruch genommen war. Wir waren in dieser Beziehung im Nachteil, weil den Feinden die Industrien der ganzen Welt zur Verfügung standen. Dafür wurde sofort der Tankabwehr die gebührende Beachtung geschenkt und ständig erfolgreich weiter ausgebildet. Dr. Stresemann hat unsere kriegstechnischen Dienst demängelt. Ich erinnere demgegenüber an die schweren Stellungskämpfe, die zu Beginn des Krieges eine erhebliche Rolle gespielt haben. Ferner weise ich auf die schweren Blauschießkämpfe hin, deren große ballistische Leistungen noch vor kurzem die Welt in Staunen gesetzt haben. Ich schließe mit der Bitte um Vertrauen und um Hilfe. Der Reichskanzler hat gesagt, daß wir dem Heer Menschen, Mittel und Mut zuführen müssen. Dazu können Sie beitragen hier und im Lande, und daran müssen Sie alle

teilnehmen. Vor mir liegt, wenn die Notwendigkeit dazu sich ergibt, unter Umständen dem Vernichtungswillen unserer Feinde den deutschen Kampfwillen entgegenstellen. (Lebhafter Beifall rechts. — Unruhe und Lärm links.)

Abg. Korfanty: Der Kriegsminister hat offenbar noch immer nicht begriffen, um was es sich in Deutschland eigentlich handelt. Das gerade die Erklärung des Kriegsministers ist aus dem üblichen Rahmen herausgerissen, wundert uns nicht. Wir haben nie daran geglaubt, daß die Vertreter des alten militärischen Systems rasch umlernen würden. (Lärm rechts, Lärm links: Absetzen!) Aber das wird anders werden. Die russischen und englischen Imperialisten haben bis in die letzten Stunden, weil sie glaubten, das Deutschland sehr rasch erliegen würde. Sie hoffen auf eine Verschärfung Deutschlands. Unter diesem Gesichtspunkt war auch für uns der gestrige Tag einer der trübsten Tage. (Sehr richtig.) Die Redner der Nationalisten verlangten die Abtretung selbst ein deutscher Gebiete. Gerade jetzt sehen wir, daß die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands auf schwerer Bedrohung ist. Aber auch die höchste Not unseres Landes verpflichtet nicht zum Verzicht auf jede Kritik, nur darf es nicht ein beinahe vollständiges Wühlen in den Wunden des Reiches sein. (Zustimmung.) Das Haus brennt und der Abg. Korfanty hat gestern noch Öl ins Feuer gegossen. (Zustimmung.) Er hat dazu beigetragen, daß die Rettungsmannschaft sich einander in die Haare gerät. (Sehr richtig.) Wir aber wollen, daß dem deutschen Proletariat das Dach über dem Kopf erhalten bleibt. (Beifall.) Deutschland hat in diesem Kriege schwer gelitten, aber soweit wir noch nicht, daß deutsche nationale Interessen leichtfertig geopfert werden müßten.

Wir werden nie auf die deutsche Stadt Danzig verzichten.

(Beifall.) Eine Abtretung der deutschen Kolonien an die Entente wäre unvereinbar mit einem Rechtsfrieden. Die Völkerverständigung hat zur Voraussetzung, daß auch Deutschland an der Erschließung und Ausbarmung Afrikas einen gebührenden Anteil erhält. Jetzt kämpft Deutschland um seine nackte Existenz gegen feindliche Eroberungspläne. Niemand darf daher dem Vaterlande die Mittel verweigern, es war immer bedroht. (Lärm b. d. U.-Sols.) Auch als wir vor Paris standen? Jawohl, auch damals. Der gegnerische Kriegswille wird durch deutschen Verzicht nicht gebrochen, das sehen wir jetzt.

Unser Volk ist gar nicht verzagt.

Zusammengebrochen sind in der Tat nur die Junker und ihre Herrscher. Nicht Scheidemann und Eraberger haben das Basenstillstandsangebot gemacht, sondern der Kronrat mit Hindenburg und Ludendorff. Nicht die Konservativen haben Abrechnung zu fordern, wir werden sie fordern. Graf Welser hat gestern der Hoffnung auf bessere Zeiten unter einer starken Monarchie Ausdruck gegeben. Heute liegt die Sache so, daß es unendlich wäre, zu verschweigen, daß Beifall im Volk nur eine große Welle der Tränen der Krone auslösen würde.

Staatssekretär des Innern Dr. Solf: Gestern ist eine Verammlung der Deutschen Friedensgesellschaft vollständig verhindert worden. Ich habe nicht an, mein lebhaftes Bedauern darüber auszudrücken, daß diese Verammlung nicht zustande gekommen ist. Der Vorfall gibt mir Anlaß zu folgender Erklärung: Zunächst stelle ich fest, daß die Verfassung des früheren Kriegsministeriums vom 8. Juli 1918 betreffend Verhinderung von Versammlungen gewisser Friedensgesellschaften aufgehoben worden ist. (Beifall.) Damit ist dem Verlangen der Mehrheit dieses Hauses Rechnung getragen. (Beifall.) Weiter habe ich zu erklären: Versammlungen der Friedensgesellschaften sollen in der Folge gestattet werden. Ich werde für diese treffen, daß gemäß dem Programm der Regierung die Bestimmungen über Versammlungen und Belagerungszustand genau durchgeführt werden. Personen, die nicht geeignet sind, oder sich nicht für geeignet halten, bei der strikten Durchführung dieser Bestimmungen gewissenhaft und energisch mitzuwirken, haben aus ihrem Amte auszuscheiden. (Lebhafter Beifall.) Die Einseitigkeit der Reichsregierung wird auch auf diesem Gebiete unter allen Umständen gewährleistet werden. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Abg. Korfanty (Kont.) beklagt, daß die Konservativen in den letzten 40 Jahren regiert hätten.

Abg. Ledebour (U. Sog.): Hindenburg und Ludendorff hätten schon früher und nicht erst jetzt voraussehen müssen, daß es nicht weiter ging. Als er die Forderung aufstellt, daß der unheilvolle Einfluß des Kaisers beseitigt werden müsse, wird er zur Ordnung gerufen. Er fügt noch hinzu, daß keine Partei nicht einzelne Personen bekämpfe, sondern die Abschaffung des ganzen monarchischen Systems verlange. Wenn die Polen sich auf sprachliche Rechte berufen, so können sie auf Oberbessenen Anspruch erheben, aber nicht auf Danzig und Westpreußen.

Bislangler v. Bayer: Der Vorredner hat einen kirchlich von einer russischen Zeitung veröffentlichten Brief des Kaisers an den Zaren erwähnt. (An dem Briefe spricht sich der Kaiser abfällig über die sozialdemokratische und Zentrumspartei des Reichstages aus.) Dieser Brief liegt aber 21 Jahre zurück und einzelne Äußerungen haben nichts zu bedeuten gegenüber der klaren Stellungnahme des Kaisers zu der Neugeistung im Reich und in Preußen.

Nachdem noch Kriegsminister Scheich Äußerungen des Abg. Korfanty zurückgewiesen hatte, wird die Aussprache geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen, worauf das Haus sofort in die zweite Lesung eintritt. Die beiden Verfassungsnovellen wurden mit dem Zusatzantrag der Mehrheitsparteien angenommen, wonach zu jeder Kriegserklärung auch die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages erforderlich ist. Staatssekretär Trimborn hatte namens der Regierung die Zustimmung dazu erklärt.

Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung das Vertrauensvotum für den Reichskanzler mit 198 gegen 52 Stimmen bei 23 Stimmenthaltungen angenommen. Dagegen stimmten Konservative und Unabhängige Sozialisten, während sich die Voten der Stimme enthielten.

Morgen dritte Beratung.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

24. Oktober. In der Vorniederung dauerten die Teilkämpfe an, an denen sich auch belgische Landeseinwohner auf feindlicher Seite beteiligten. Der Feind wurde zurückgeschlagen. Auf fast 80 Kilometer breiter Front griff der Engländer beiderseits von Solmes und Le Cateau an. Der Angriff wurde am Steben gebracht und scheiterte. Ostlich der Aisne zerbrachen starke Teilangriffe. Auf beiden Maasuferten größere Angriffe der Amerikaner, die blutig zurückgeschlagen wurden.

Überall erfolgreiche Abwehr.

Belgische Landeseinwohner nehmen teil an den Angriffen. Mitteilungen des Holländischen Telegraphen-Bureaus. Großes Hauptquartier, 24. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Vorniederung dauern Teilkämpfe an. Südwestlich von Dinze schlug die seit 14. 10. im Kampf bewährte 52. Reserve-Division unter Generalleutnant Waldorf erneute Angriffe des Feindes an der Bahn Dinze-Waregem ab. Beiderseits von Dinze setzten wir uns in vorletzter Nacht dem Gegner etwas ab und schlugen den Feind, der gestern in der Gegend von Rattestraat angriff, zurück.

Auf feindlicher Seite haben sich belgische Landeseinwohner an diesen Kämpfen beteiligt. Tournai und Valenciennes lagen unter englischem Feuer. Bei Tournai und in der Schelde-Niederung erfolgreiche Vorstoßkämpfe.

Beiderseits von Solmes und Le Cateau nahm der Engländer mit frisch eingeleiteten Divisionen auf fast 80 Kilometer breiter Front seine mit großen Bienen ansetzten Angriffe wieder auf. Am Harpies-Grunde ist der erste Ansturm am frühen Morgen gescheitert. In weiteren Angriffen stieß er im Laufe des Tages beiderseits von Romeries bis in Gegend von St. Martin und Saleches und mit Teilen auf Beaupignes vor.

In der Mitte der Scheldemündung brachten wir den Feind in der Linie Polz-Bonfied zum Stehen. Zahlreiche von Bonfied haben die schon in den letzten Schlächten besonders bewährten Radfahrtruppen weiteres Vordringen des Gegners verhindert. Südlich von Le Cateau hat mehrfache Anstürme des Gegners völlig gescheitert.

Zwischen Pommereul und Catillon kämpfende belgische, holsteinische, medienburgische, hanseatische und württembergische Regimenter haben gegen gewaltige Übermacht ihre Stellungen behauptet. Das Pommeler-Regiment Nr. 122 unter seinem Kommandeur, Oberst v. Alberti, hat hier besonders geleistet. Südlich von Catillon blieben die gegen den Sambre-Dise-Kanal vordringenden Angriffe vor diesen in unserem Feuer liegen.

Zwischen Dile und Serre zeitweilig Artilleriekämpfe, dem auf dem Nordufer der Serre feindliche Angriffe folgten. Sie wurden in unserem Feuer und durch Gegenstoß abgewiesen. Teilangriffe des Gegners gegen den Souche-Abchnitt nördlich von Bierepont scheiterten. Das eng bewohnte und mit Flüchtlingen angefüllte Montcornet liegt unter starkem französischen Feuer.

Ostlich der Aisne beschränkte sich der Feind gestern auf sehr starke durch heftiges Feuer unterstützte Teilangriffe. Bagern und Bärtemberger und württembergische Bionier haben die Höhen nördlich von Bouziers gegen viermaligen Ansturm gehalten. Ostlich von Bouziers haben sich in den letzten Kämpfen Teile der 1. Garde-Infanterie-Division unter Major Graf v. Eulenburg besonders hervorgetan. Zwischen Oliz und Grandpre schlugen englische, lothringische und belgische Regimenter feindliche Angriffe ab. Die Hauptlast des Kampfes trug das Infanterie-Regiment Nr. 17, das sich wiederum unter seinem Kommandeur Major Stebbe besonders bewährte.

Auf beiden Maasuferten nahmen die Angriffe der Amerikaner wieder größeren Umfang an. Aus den Wäldern von Vantheville und nördlich von Cunel stießen sie mit starken Kräften und von Panzerwagen begleitet gegen unsere Linien vor. Sie wurden abgewiesen und es litten in unserem zusammengefaßten Feuer besonders schwere Verluste.

Ostlich der Maas dauerten heftige Kämpfe um die Waldhöden beiderseits der Straße Coniengne-Damvillers bis zum Abend an. In hartem Kampf und in erfolgreichen Gegenstößen warfen brandenburgische und sächsische Bataillone den mehrfach ansturmenden Amerikaner zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. In heftigen Gebirgskämpfen haben unsere Nachbarn das Bezirken neuer Stellungen beiderseits von Varsin gesichert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

U-Boot-Beute im September.

440 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 24. Oktober. Künstlich wird gemeldet: Im Monat September haben die U-Boote rund 440 000 Br.-Reg.-T. des Feindes unsere Feinde nach dem Handelskrisenraum vernichtet.

Nach neuen Nachrichten sind außerdem weitere 88 000 Br.-Reg.-T. Schiffsraum durch unsere kriegerischen Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen eingebracht.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Wenn man die Septemberbeute mit den Bissen früherer Monate vergleicht, so erscheint sie zunächst ein wenig klein. Indes darf man nicht vergessen, daß die naturgemäß der Schiffsverkehr auf den Weltverkehrsstraßen immer mehr vermindert. Dazu kommt, daß die feindliche Abwehr und Gegenwehr in den hellen Nächten außerordentlich stark ist. Immerhin zeigt das Ergebnis, daß unsere U-Boot-Waffe unverdrossen ihre Pflicht tut.

Schlupdiens.

(Prakt. und Korrespondenz-Meldungen.)

Annahme des gleichen Wahlrechts im Herrenhause.

Berlin, 24. Okt. Das preussische Herrenhaus nahm in seiner heutigen Sitzung die drei Wahlrechtsvorlagen mit den Abänderungsbefreiungen der Kommission (Regierungsvorlage mit Sicherungsbestimmungen) en bloc und unter Stimmenthaltung der alten Fraktion an.

Die vom Hause beschlossene Ausschließung des Fürsten Rognowitsch ist vom König bestätigt worden. Bei der Ergänzung des Präsidiums wurden Fürst Salm und Oberbürger Wermuth zu Vizepräsidenten gewählt.

Erkrankung des Grafen Schwerin-Löwitz.

Berlin, 24. Okt. Graf Schwerin-Löwitz, der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, des Deutschen Landwirtschaftsrates und des Landesökonomik-Kollegiums, ist an der Grippe erkrankt und muß das Bett hüten. Es ist ihm leider in der nächsten Zeit unmöglich, seinen vielseitigen Verpflichtungen nachzukommen.

Nein Privatverkehr mit Belgien.

Berlin, 24. Okt. Der Privatverkehr von und nach dem Generalgouvernement Belgien muß bis auf weiteres eingestellt werden. Die Reichs-Postanstalten und deutschen Postanstalten in Belgien haben daher Anweisung erhalten, Privatpakete nicht mehr anzunehmen.

Deutsch-österreichische Kommission in Berlin.

Wien, 24. Okt. Die Abgeordneten Renner, Schreitt, Friedmann, Hnl. Dr. v. Longenban, Baron Rant begaben sich im Auftrage des Volksbildungs-Komitees der deutschen Nationalversammlung nach Berlin, um dort bei den maßgebenden Stellen für die Ernährungsfragen vorzusprechen.

Graf Karolyi ungarischer Ministerpräsident.

Wien, 24. Okt. Wie bekannt, ist Graf Karolyi zum Ministerpräsidenten in Ungarn ernannt, Graf Julius Andrássy zum Minister des Innern.

Verhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen.

Wien, 24. Okt. Zwischen dem deutschen und tschechischen Nationalrat werden in den nächsten Tagen die Verhandlungen beginnen unter Ausschaltung der bisherigen R. und S. Regierung.

Konstituierung des ukrainischen Staates.

Wien, 24. Okt. Wie die Blätter berichten, erschien gestern das Präsidium der ukrainischen Konstituante beim Ministerpräsidenten Duffarek, um ihm zur Kenntnis zu bringen, daß sich der unabhängige ukrainische Staat, der sich über alle

Amtliche Bekanntmachungen der städtischen Behörden.

Erzeuger-Höchstpreis für Obst im Regierungsbezirk Wiesbaden.

§ 1. Der Preis für je Pfund für die folgenden Obst-
sorten darf bei Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden
Sätze nicht übersteigen:

Gruppe 1: Tafelobst 1. Wahl 35 Pfg.

Tafelobst sind alle gepflückten, nach ihrer Beschaffenheit
sogar oder nach Ab Lagerung zum Konsum geeigneten Früchte
unter Ausscheidung sämtlicher kleinen, verkrüppelten und be-
schädigten Früchte, mit Ausnahme von Edelobst.

Gruppe 2: Tafelobst 2. Wahl 25 Pfg.

Tafelobst 2. Wahl (gepflücktes Wirtschaftsobst) sind ge-
pflückte, gut sortierte Äpfel, mittlerer Art und Güte.

Gruppe 3: Wirtschaftsobst (Äpfel, Most- und
Schüttelobst) 15 Pfg.

Wirtschaftsobst ist als Schüttel-, Most- und Fallobst,
sowie das aus Gruppe 2 ausgeschiedene Obst, soweit es für
die Herstellung von Marmelade, zum Kochen, Dörren und
sonstigen Zwecken geeignet ist.

§ 2. Für Edelobst (Äpfel und Birnen) wird kein Höchst-
preis festgesetzt. Hierfür darf dem Erzeuger durch die Landes-
obsthilfe oder die von dieser bestimmten Stellen ein nach der
Güte und Verwertbarkeit des Obstes zu bemessender höherer
Preis als 35 Pfg. bis zu 80 Pfg., in besonderen Ausnahmefäl-
len bis zu 100 Pfg., gewährt werden.

Als Edelobst kommt ausschließlich allererstes, schon
bisher in Stadtfrüchten gehandeltes Obst in Betracht, das
vollkommen ausgebildet, ohne Schönheitsfehler und ohne Ver-
schädigung, den anerkannt besten Sorten angehört, das für
die betreffende Sorte gültige Mindestgewicht aufweisen und
beim Verkauf so sorgfältig verpackt sein muß, daß eine gute
Ankunft gewährleistet ist.

Wird veröffentlicht.

Der Bürgermeister.

Brennholzverkäufung.

Am Donnerstag, den 31. d. M., nachmittags 2 Uhr
kommen aus dem Distrikt Gebirgsberg

etwa 300 Rm. gemischtes Eichenholz
und Buchenholz

öffentlich meistbietend zur Versteigerung.

Auswärtige Steigerer und einheimische Holzhändler sind
ausgeschlossen.

Sammelpunkt am Steinbruch an der Straße nach
Hinterwald.

Braubach, 22. Oktober 1918.

Der Magistrat.

Ansbewahrung der Kartoffeln.

Bei den diesjährigen Kartoffeln besteht als Folge des
regelmäßigen Sommers eine Neigung zur Fäulnis. Ich weise
daher immer wieder die Privatbewahrungegen darauf hin, die
Kartoffeln nicht zu hoch zu schichten, sie frostfrei oder kühl
mit stetigem Luftdurchzug zu lagern und vor allen Dingen die
in Fäulnis übergehenden Kartoffeln regelmäßig, am besten
wöchentlich, auszusortieren, da von ihnen aus die Fäulnis sich
rasch ausbreitet. Erfolg für Ausfälle steht nicht zur Verfügung.
Der Bürgermeister.

Säcke.

Die Versorgung der Einwohnerschaft mit Kartoffeln
würde viel schneller erfolgen können, wenn uns eine größere
Anzahl Säcke zur Verfügung stünde.

Wir bitten daher, uns ein bequemes Sack gegen sofortige
Bezahlung zu verkaufen. Ablieferung möglichst sofort bei
Sakreter Weg.

Der Magistrat.

Die Besitzer von Obstbäumen aller Art werden hiermit
angefordert, angekommen vor Eintritt von Nachtrost ihre Obst-
bäume mit Klebdrähten zum Fangen des Frostspanners zu
versehen. Das Anlegen der Drähte hat in ein Meter Höhe
von der Bodenfläche zu erfolgen. Der Klebdräht (Seim) ist
breit und dick aufzutragen, damit der Schmetterling festgehalten
wird. Besonders Augenmerk ist darauf zu richten, daß das
Unterlagspapier imprägniert ist und fest um den Stamm
geschmückt wird.

Die Polizei-Verwaltung.

Für den Kreis St. Goarshausen ist zur Versorgung der
Industrie eine „Industriehalle für den Kreis St. Goarshausen“
mit dem Sitz in Oberlahnstein errichtet worden.

An diese Stelle sind auch alle Anträge auf Bewilligung
von Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen (auch für Brot-
zuschläge) zu richten.

Der Bürgermeister.

Dickwurz

kann bis einschl. nächsten Mittwoch im Polizeibüro bestellt
werden

Der Bürgermeister.

Neue Kalender

für 1919

werden auch in diesem Jahre nur in ganz beschränkter Zahl
hergestellt, weshalb frühzeitige Anschaffung empfohlen wird.

Bis jetzt sind eingetroffen:

Abreißkalender

in verschiedenen Größen,

Kaiserkalender

Unterhaltungsbuch mit Verzeichnis aller Märkte
und Messen.

Buchhandlung Lemb.

Leiterwagen

die so beliebten Extra stark ge-
bauten sind wieder eingetroffen

Julius Rüping.

Gute Stärke

empfiehlt

Jean Engel.

Bohnerwachs

offert

Chr. Wieghardt.

Damentragen

reiche Auswahl — billige Preise
bei Geschw. Schumacher.

Neue Fahrpläne

für Winter 1919

eingetroffen

Buchhandlung Lemb.

Wein-Essig

wieder eingetroffen.

Jean Engel.

Feldpostkarten

sind wieder vorrätig A. Lemb.

Fruchtsaft- Pressen

empfiehlt Jul. Rüping.

Broschen

— die große Mode —

bei Geschw. Schumacher.

Kaffeebrenner

empfiehlt Jul. Rüping.

Evangelische

Gesangbücher

sind neu eingetroffen.

A. Lemb.

Diehfutter- quetschen

empfiehlt

Julius Rüping.

Wäschekammern und verzinte Wäsche- drahtteile

zu haben bei

Julius Rüping.

Küchenwagen

(Zellermögen)

und alle anderen geeichte

Tafel- Dezimal- und Balkenwagen

neu angekommen.

Gg. Phil. Cios.

Kartoffel- Drahtkörbe

offert

Jul. Rüping.

Waffeisen

neu angekommen bei

Gg. Phil. Cios.

Wollen Sie günstig und direkt Grundbesitz verkaufen?

jeglicher Art, wie Villa, Land-
haus, Wohn-, Geschäftshaus,
industrielles Anwesen, so wenden
Sie sich zwecks Unterbreitung
an vorgemerzte Käufer an den
seit 14 Jahren bestehenden
Verlag

„Bermiet. u. Verkaufszentrale“
Frankfurt a. M.,
Hansenhof
Nachweisliche Erfolge.
Vertreterbesuch kostenlos.

Taschenlampen- Batterien

sind wieder frisch eingetroffen.

Julius Rüping.

Ederleim, Maschinöl,

Leinöl, Maschinensett,

Schellack, Politur,

Glanzlack, Mattlack

kaufen jedes Quantum

C. Mand,

Pianosfabrik,

Coblenz,

Schloßstr. 56.

Porzellan-Tassen, Kaffeeferviche, Waschgarnituren, Küche und tiefe Teller

wieder neu eingetroffen

Chr. Wieghardt.

Scheuertücher, 50 mal 50 cm, Qual. 1, weich, sehr saugfähig, Probedy. M. 19. — franko.

Handtücher,

Qual. 1, weich, gut, trockn.

50 mal 100 cm Probedy. M.

36, franko. Qualität 2

42 mal 100 cm, Probedy. M.

26,65 franko. Mindestab-

gabe je 1 Dgd. größere Posten

billiger.

August Reitzig, Dessau M.

Torfftren, Stainit

wieder am Lager

Chr. Wieghardt.

Gelochte Stahlsitze

— Friedens-Qualität —

zu haben bei

Julius Rüping.

Spielkarten

neu eingetroffen.

A. Lemb.

Einmach- ständer

in allen Größen wieder

vorrätig.

Chr. Wieghardt.

1. Wie entferne ich den beigenden Tabakgeschmack? zugleich Anleit. f. Verj., 21. — 30. Tausend.

2. Selbstherst. v. Zigaretten, Si-
garetten, Kautabak usw. ohne
Zusatzmittel. 12. — 17. Tausend.

3. Bearbeiten der Tabakpflan-
zen zu Rauchtabak,
51. — 60. Tausend.

4. Bearbeiten von Blättern und
Wästen zu gutem Tabakfabrikat,
leichte Anleitungen, jede 90 Pfg.

Beize für Tabak und Geizig
(ähnlich Marinadengeschmack)

leicht 1,90 M., mittel 2,50 M.,
hart 2,90 M. Jede Packung

reicht für 5 Pfd. Tabak.

Alle Preise zuzügl. 20 Pct.

G. Weller, Kastrath, Kgl.

Schafmatt-Verein Braubach.

Der Hälterlohn pro September und Oktober, sowie
Pferdgelde sind bis zum 1. Nov. d. J. an den
Herrn A. Schindlberger zu zahlen.

Der Vorstand.

Hausmacherleinen, Betttücher, Decken

färbt in
blau, braun, grün, schwarz und feldgrau in
Oberlahnstein, Kirchstraße 4.

Färberei Bayer, Boppard, Oberstraße 64.

Für die fleischlosen Damen

empfiehlt

Fleischlo

zur Herstellung von Fleischbällchen, Klops und dgl.
per Paket 80 Pfg.

Jean Engel

Der beste Glasöffner für Konserven

Gläser ist

„Buck.“

Zu haben bei

Georg Philipp Cios

Carbid- Sturmlaternen Zimmerlampen Wandlampen Hängelampen

eingetroffen

Christ. Wieghardt

Emaillierte

Stahlblech-Randkessel

nachlos geschweißt

Marke „Garantol.“

Bestens bewährt! Zu Beginn auf Qualität
einzige Marke, die wirkliches Schmelz für die Beschäftigten
Rupfwerk bietet, da die Marke die gleichen der
find.

Vom Wert über 125 000 Stück ver-

zu haben bei

Julius Rüping

Wasch- maschinen. Waschemang

eingetroffen

Chr. Wieghardt

Konservenglasöffner „Buck“

ist der Beste!

„Buck“ öffnet die Gläser leicht, mühelos, beschä-

Glas noch unangetastet.

100 000fach im Gebrauch bewährt.

Julius Rüping

Viel Geld

Nahe und Verdruk erhalt man

Öffnen der Konservengläser

mit Schlingmanns

Konservenglas-Deffner

Gummischüh

Mit „Gummischüh“ (D. M. P.) öffnet man leicht
jede Glasgröße und Form und beschützt dabei

Gummierung nach Glas.

Kaufverlauf:

Chr. Wieghardt